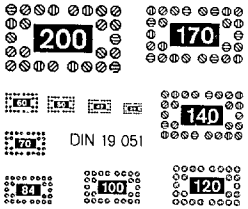

ERNST REUTER

GRUNDSÄTZE UND ZIELE DER SOZIALDEMOKRATIE

A 96 - 07908

LANDESVERBAND DER SPD - BERLIN

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn Bibliothek

A 96 - 07908

Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie*)

Genossinnen und Genossen!

Nach einer beispiellosen Katastrophe ist Deutschland gezwungen, die gesamten Grundlagen seiner geistigen, politischen und wirtschaftlichen Existenz neu aufzubauen. Die totale Niederlage, in die uns der Wahnsinn eines totalen Systems hineingeführt hat, legt uns, den Erben und Liquidatoren dieser furchtbaren Vergangenheit, die totale Verantwortung auf, alle Grundlagen unseres Lebens neu zu überprüfen.

Unsere Aufgabe

Wenn wir, die deutschen Sozialdemokraten, auf unseren Parteitagen darangehen, durch die Neubesinnung in unserer eigenen Partei unseren Beitrag zu dieser schwersten Aufgabe zu leisten, die von uns Deutschen zu lösen ist, so müssen wir uns darüber im klaren sein, daß dieser unser Beitrag von vornherein in einem angemessenen Verhältnis zu der Bedeutung unserer großen, die breitesten Schichten unseres Volkes umfassenden Bewegung stehen muß.

Wir wissen, daß Deutschlands Wiederaufrichtung als eines arbeitsamen, friedlichen, am Aufbau einer neuen Welt mitwirkenden Volkes nur dann gelöst werden kann, wenn Deutschland eine wirkliche Wiedergeburt erlebt, wenn an die Stelle der alten, wüsten, im Rauch der Götterdämmerung aufgegangenen Träume von Weltherrschaft und Herrentum die ehrliche Erneuerung auf dem Boden friedlichen Wirkens und Schaffens tritt, wenn unser Land und unser Volk Vertrauen gewinnt, das allein Sicherheit verbürgen kann, wenn Achtung durch Leistung, Vertrauen durch Taten und Freiheit durch unablässiges, zähes politisches und wirtschaftliches Schaffen gewonnen werden.

In diesem Prozeß, der die Arbeit und Mühe einer ganzen Generation in Anspruch nehmen wird, kann die Politik einer so großen und nicht nur äußerlich, sondern auch innerlich das Volk erfassenden Bewegung sich nicht in Tagespolitik, in opportunistischer taktischer Geschicklichkeit erschöpfen.

Erfolgreiche Politik ist nur möglich,

wenn sie auf einem sicheren, geistigen und moralischen Fundament ruht,

wenn einfache und klare Grundsätze im täglichen Wirken zur Geltung kommen und

wenn leitende Ideen und unverrückbare Überzeugungen allen täglichen großen und kleinen Entscheidungen Richtung geben,

wenn diese leitenden Ideen, von der Bewegung und den sie repräsentierenden Kräften ausstrahlend, Gemeingut des Volkes werden.

Das Fundament einer Bewegung ruht auf die Dauer niemals in den zufälligen Zahlen der Mitglieder oder in mehr oder minder trügerischen augen-

*) Rede, gehalten auf dem 4. Landesparteitag der SPD-Berlin, am 27. April 1947.

blicklichen Tageserfolgen, denen auch Tagesmißerfolge folgen können; das Fundament kann nur dann dauerhaft und unzerstörbar sein, wenn geistige Kräfte und schöpferische Gedanken die ständige Möglichkeit täglicher Bewährung und ständiger Erneuerung geben. Eine große politische Partei, die mehr sein will als eine Sekte, die mit dem Anspruch auftritt, den Willen eines ganzen Volkes richtunggebend zu formen, zu gestalten und zu verkörpern, muß mehr sein als nur eine Vertretung zeitbedingter, vorübergehender, an einzelne Gruppen gebundener Interessen. Sie muß tief in dem geistigen Leben des Volkes und in den geistigen kulturellen Strömungen der Zeit verwurzelt sein; sie muß gleichermaßen ihr Ausdruck und ihre Widerspiegelung sein. Sie muß Führerin in dem Kampfe sein, der der Inhalt aller menschlichen Gemeinschaft und der Gesellschaft überhaupt ist, jenes Kampfes, von dem mit Recht das Wort gilt, daß der Mensch nicht vom Brot allein lebt.

Der Mensch braucht zum Leben das tägliche Brot, er muß darum kämpfen und es sich mit der Arbeit seiner Hände und seines Geistes schaffen, aber er muß darüber hinaus auch das sichere Bewußtsein haben, daß er den höheren Idealen menschlichen Zusammenlebens und Zusammenwirkens nicht untreu wird, daß er sein Leben sinnvoll verbringt, indem er als ein gemeinschaftbildendes Wesen, als ein „zoon politikon" an dem großen Bau einer in Freiheit und Würde lebenden und atmenden menschlichen Gesellschaft mitarbeitet.

Die politische Bewegung muß darum eingebettet sein in dem gesamten geistigen und kulturellen Leben der Zeit, muß es sowohl widerspiegeln wie führen und muß imstande sein, über die eigene Enge immer wieder hinauszuwachsen, so daß auch der von ihr nicht Erfaßte ihr den moralischen Respekt zu schulden nicht umhin kann, ohne den das Leben der Demokratie, der Kampf der Meinungen und Parteien nicht den Charakter der wirklichen Legitimität erwerben kann. Dieser so erworbene Respekt ist viel mehr als bloße formale Verfassungsbestimmungen, er ist das dauerhafte Fundament einer bleibenden, die Stürme aller Nöte und Kämpfe siegreich überwindenden Demokratie.

Unsere Ideen

Die Ideen, die unsere sozialdemokratische Bewegung geschaffen haben, sind mehr als ein Jahrhundert alt. Sie gehen auf das Gedankengut der klassischen deutschen Philosophie zurück; sie sind doch das große Werk von Karl Marx und Friedrich Engels entscheidend geformt, und sie haben in den langen Erfahrungen eines sich über Jahrzehnte erstreckenden Wachstumsprozesses der Arbeiterbewegung in wechselnden Formulierungen den Gang der Geschichte der europäischen Völker entscheidend beeinflußt. Sie haben zwischen Menschen, die durch Tausende von Kilometern voneinander getrennt waren, ein einigendes völkerverbindendes Band gezogen, und sie haben, trotz allem nie aufhörenden Fluß der Entwicklung, auch heute noch ihre große verbindende Kraft behalten. Sie haben die Neuformierung unserer Bewegung nach der Katastrophe des Zusammenbruches fast über Nacht wieder von neuem ermöglicht, und sie geben uns allen, die wir in unserer Jugend in ihrer Luft groß geworden sind, die Kraft, allen Hemmnissen zum Trotz, gestützt auf feste politische und moralische Überzeugungen, unverdrossen uns an die Arbeit des Wiederaufbaues zu begeben. Wir sind sicher, daß die geistigen und ideellen Werte, die wir aus besseren Zeiten in unsere Trümmer und Ruinen hinübergerettet haben, stark genug sein werden, uns wegweisend bei der Arbeit zu helfen. Aber wir wissen auch, daß die eigentliche Bewährungsprobe für uns alle darin bestehen wird, diesen Ideen neue Formen und neuen Ausdruck zu verleihen, sie an den Aufgaben einer

ungeheuren Wiederaufbauarbeit zur Bewährung zu bringen und diesen Ideen die überzeugende Werbekraft zu verleihen, daß sie endlich nicht mehr nur der Glaube einer Minderheit, sondern das dauerhafte politische Überzeugungsgut der großen Mehrheit unseres Volkes werden können.

Unsere Programme

Die Sozialdemokratie hat in Deutschland in zwei großen Programmen, dem Erfurter Programm und dem Heidelberger Programm, den Versuch gemacht, sich eine feste geistige Grundlage für ihre politische Arbeit zu schaffen. Nimmt man dazu noch den genialen Entwurf des von Karl Marx formulierten Kommunistischen Manifestes, dann ist es klar, daß unsere Bewegung in der Zeitspanne von fast hundert Jahren zwischen den ersten Konzeptionen einer programmatischen Darstellung ihrer Ideen bis zum Heidelberger Programm eine lange geschichtliche Entwicklung durchlaufen hat. Aus dem Glauben eines visionär die künftige Entwicklung fast nur ahnend schauenden prophetischen Geistes ist das solide Fundament einer erstarkten, in praktischer politischer Arbeit zur täglichen Bewährung genötigten Partei geworden.

Aber seitdem ist die Zeit nicht stehengeblieben. Zwei Dinge sind es, die uns heute zwingen, alles, was wir früher erarbeitet haben, neu zu überprüfen. Einmal die grauenvolle Erfahrung des totalitären Wahnsinns mit seiner vollständigen Atomisierung des gesellschaftlichen Lebens, seiner Auflösung in den Krämpfen eines die letzten Wurzeln unserer Existenz zerstörenden Nihilismus. Keine Neubesinnung ist möglich, ohne daß wir auf diese furchtbare Erfahrung nicht eine erschöpfende, überzeugende und unsere Zukunft sichernde Antwort geben.

Parteibewegung? — Volksbewegung!

Zum anderen aber fühlen wir alle die zwingende Notwendigkeit, unsere Bewegung ein für allemal aus der Isolierung herauszuführen, in der — ganz gleich, durch wessen Schuld — wir immer noch geblieben waren. Bei dem Versuche, uns durch gegnerische Propaganda von der Mehrheit des Volkes fern zu halten, spielte früher die beliebte Verwendung des Wortes „national" ebensosehr eine Rolle wie das Schreckgespenst einer „proletarischen Diktatur". Gegen sie wurde die Dummheit der vielen mit Erfolg mobilisiert, die keine Proletarier sein wollten, obwohl sie allen Grund gehabt hätten, zu erkennen, wie diese proletarische Bewegung auch ihr eigenes Los in unermüdlicher Kleinarbeit besserte.

An die Stelle dieser heute überholten oder politisch nicht mehr möglichen Propagandaschlager tritt jetzt das schmückende Beiwort „christlich". Man weiß nicht recht, ob die neueren Pächter des Christentums damit andeuten wollen, daß ihrem angeblich „christlichen" Sozialismus ein vielleicht „heidnischer" Sozialismus gegenübergestellt werden soll. Wir verstehen nur zu gut, daß diese neuen Gralshüter die Gefahr verstanden haben, die den alten, unhaltbar gewordenen gesellschaftlichen Privilegien droht, wenn dieses unser Ziel, über die zu eng gewordenen Grenzen einer reinen Parteibewegung hinauswachsend, eine wirkliche Volksbewegung zu werden, erreicht sein wird.

Wir wissen jedenfalls, daß hier für uns die entscheidende Aufgabe zu lösen ist, der die Neubesinnung und Neuformulierung unserer Ideen, Grundsätze und Ziele dienen muß. Ohne die Verbindung mit den Wurzeln unserer geschichtlichen Entwicklung zu verlieren, müssen wir doch verstehen, all das in uns aufzunehmen, was dem natürlichen antikapitalistischen Sehnen des Volkes entsprechend an sozialen Ideen, an natürlichem Sehnen nach sozialer Gerechtigkeit und an ursprünglichem Verlangen nach gesellschaftlicher Neugestaltung

und Umbildung des Gemeinschaftslebens in weitesten Kreisen des Volkes lebendig ist. Über die zu eng gewordenen Grundlagen nur proletarischer Konzeptionen hinaus muß der Sehnsucht aller nicht Kapital besitzenden Schichten des Volkes nach freiheitlich unabhängigem Leben und nach Neugestaltung der gesellschaftlichen Bindungen auf besseren und einwandfreieren Grundlagen in einer von jeder engherzigen Denkweise freien Form Rechnung getragen werden. Unsere geistige Konzeption sowohl wie unsere eigene Parteiform muß es lernen, den soviel größer gewordenen Aufgaben der Zeit gerecht zu werden.

Heute heißt es, nicht mehr nur aus der Denkweise des reinen Handarbeiters, so wertvoll diese Tradition für uns ist und immer bleiben wird, sondern auch aus dem die alten Gesellschaftsschranken durchbrechenden gemeinsamen Neugestaltungswillen einer großen Volksmehrheit heraus die notwendig gewordene Umbildung veralteter Denkformen zu schaffen und unserer Bewegung in klarer Konsequenz dieser so gewonnenen Einsichten die neue Form und den neuen Inhalt zu geben, so daß die schöpferische Neugestaltung nicht nur möglich, sondern zwangsläufig werden muß.

Politische Erneuerung -- Die Aufgabe der Gesamtpartei

Es entspricht einer solchen Grundkonzeption von der Größe der hier zu leistenden Aufgabe, wenn ich sage, daß diese Arbeit nicht mehr das Werk eines einzelnen sein kann, selbst wenn er ein noch so umfassender Geist wäre. In dem Spiegel unseres künftigen Programms muß sich die heiße Sehnsucht eines ganzen gemarterten, gepeinigten, einer besseren Zukunft entgegenschreitenden Volkes spiegeln, muß aber auch die ganze geistige Leistung vieler Generationen und die Erfahrung eines jahrzehntelangen geschichtsbildenden Kampfes zusammengefaßt werden. Wenn einmal eine neu geformte einheitliche deutsche Sozialdemokratie, die Führerin Deutschlands in seinem Kampf um Freiheit und Recht, um Frieden und Neugestaltung der Gesellschaft, sich ihr Programm geben wird, dann muß sie von der Arbeit vieler proßitieren, dann muß sie die Aufgabe lösen, in einem Guß die Quintessenz eines historischen Entwicklungsprozesses zusammenzufassen, der die geistigen Waffen geschmiedet hat, mit denen wir an unser Werk gehen wollen.

Was wir heute, angesichts der tragischen äußeren Trennung unseres Landes durch Zonen und Besatzungsgrenzen auf unseren Bezirksparteitagen einzeln leisten, kann und soll nur ein Versuch sein, einige Bausteine zu dieser Arbeit zusammenzutragen und einzelne besonders wichtige Gedanken herauszustellen. Wir wollen nur zum Nachdenken anregen und Vorarbeit leisten, die später verwertet werden mag. Der Probleme, die eine solche künftige Arbeit behandeln muß, sind so viele zu lösen, daß man kaum alle streifen, geschweige sie eingehend behandeln könnte. Dazu wären Einzelreferate zu halten, aus denen sich in endgültiger Redaktion das Gesamtbild einer neuen Konzeption unseres künftigen deutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsbaues ergeben wird.

Wir sind in der Arbeit, die sich hier vor uns auftut, dadurch zunächst gehemmt, daß wir Jahre hindurch jeder für sich einzeln denken und arbeiten mußten. Die Atomisierung, zu der das Hitlerregime alles gesellschaftliche Leben in Deutschland gebracht hat, hat auch uns schwer getroffen. Wir müssen in der Schwere der täglichen Arbeit die Probleme und Nöte richtig erkennen lernen und aus diesen so gewonnenen Einsichten heraus uns die Möglichkeit verschaffen, unsere alten Ideen zu überprüfen und uns zu vergewissern, ob sie noch auf die heutige Zeit passen.

Erste Voraussetzung dieser Arbeit ist eine absolute Aufgeschlossenheit des Verstandes wie des Herzens für alles, was neu auf uns zukommt, die ehrliche und absolute Bereitschaft, den neu zu uns Kommenden, die uns vielleicht Neues zu sagen haben, Gehör zu schenken, das Ohr an den Boden

unseres gesamten gesellschaftlichen Lebens zu legen, damit uns nichts von dem entgeht, was Neues gedacht, gehofft und gefürchtet wird.

Eines freilich erleichtert uns gegenüber allen anderen politischen Strömungen und Parteien in Deutschland diese Arbeit. Das ist unsere unbestreitbar starke und lebendige innere Zusammengehörigkeit und Verbundenheit. Niemand kann sie an sich selber so deutlich verspüren, wie jemand, der wie ich zwölf Jahre äußerlich von der Heimat und dem Mutterboden seiner politischen Bewegung getrennt im Ausland leben mußte, um dann bei seiner Rückkehr zu sehen — was mir nie zweifelhaft gewesen ist —, daß das geistige Band nie abgerissen war, das uns unsichtbar immer verbunden hat. Mag die äußere Schwierigkeit des Zurückkommens noch so groß sein, die Eingliederung in die geistige Zusammengehörigkeit derjenigen, die als freiheitliche sozialistische Demokraten an das Werk des Wiederaufbaues gehen, war das Werk einer halben Stunde, ja weniger als einer halben Stunde, es vollzog sich im Moment des Wiedersehens.

Prüfung der grundlegenden Ideen

Unsere Überprüfung aller für uns grundlegenden Werte muß bei der Prüfung der grundlegenden Ideen beginnen. Haben wir dort festen Boden gefunden, dann kann die Orientierung über die praktischen Tagesfragen nicht so schwer sein. Wir fragen uns, wie stehen wir heute in dem Deutschland der Trümmer und Ruinen, in dem Lande, das die schwerste Aufgabe aller europäischen Völker zu lösen hat, weil es durch positive Taten, durch Neugestaltung vergangenes furchtbares Unrecht sühnen muß, zu der Idee der Freiheit, Idee der Demokratie, Idee des Sozialismus, Idee des Friedens. Welche Konsequenzen ziehen wir aus den so gewonnenen Einsichten für den meiner Meinung nach notwendigen Neubau unserer Partei. Für den Neubau, der mehr sein muß als nur eine bürokratische Wiederherstellung einer äußerlich gut funktionierenden Mitgliederorganisation.

Die Idee der Freiheit

Die Idee der Freiheit ist uns aus den Jahren überkommen, die der großen französischen Revolution vorausgegangen sind. Sie hat ihren ersten Niederschlag in der amerikanischen Verfassung gefunden, sie fand ihre klassische Formulierung in der berühmten „Erklärung der Menschenrechte" der französischen Nationalversammlung, und mit den hinreißenden Klängen der Marseillaise hat sie ihren Marsch durch die Welt angetreten. Es ist kein Zufall, daß die faschistischen Führer, daß Mussolini wie Hitler immer wieder erklärt haben, mit dem Siege des Faschismus und des Nationalsozialismus seien die Ideen der französischen Revolution ein für allemal tot und abgetan, das 20. Jahrhundert sei über sie hinausgewachsen.

Die Antipoden dieses totalitären Gedankens zögern gleichermaßen, die Idee der Freiheit als bindende Grundlage des gesellschaftlichen Lebens anzuerkennen. Wenngleich es zur Zeit nicht recht Mode ist und es ihnen auch nicht zweckmäßig erscheint, offen zu bekennen, was sie innerlich über solche altmodischen Träumereien denken, aus tausend Anzeichen kann man überall spüren, daß sie sich zu einer ehrlichen Anerkennung des Freiheitsgedankens nicht aufschwingen können. Überall versuchen sie, verklausulierte Einschränkungen einzuschmuggeln. Niemand kann daran zweifeln, daß sie zwar nach bewährtem faschistischen Muster auf legale Weise, wenn es sein muß auch durch die Hintertür, an die Macht kommen möchten, daß sie aber niemals ehrlich daran denken, die Freiheit der von ihnen

evtl. regierten und zu versklavenden Völker und Menschen anzuerkennen. Politik erscheint ihrer Denkweise als eine Form menschlicher Betätigung, die losgelöst von menschlichen Bindungen und Rücksichten, nur nach ihren eigenen Gesetzen und Bindungen betrieben werden kann. Sie konzentriert sich für die Anhänger einer totalitären Denkweise auf den Kampf um die Macht, die unkontrollierte hemmungslose, schrankenlose Macht, die ihrer Meinung nach allein in Hemmungslosigkeit die Möglichkeit wirklicher Leistungen bietet. Diese Denkweise vergißt vollständig, daß Politik und Machtausübung nur dann Wert und Sinn haben können, wenn sie der wirklichen Entfaltung der im Menschen verborgenen, keineswegs immer für jeden und namentlich diesen neuen Herren jederzeit sichtbaren schöpferischen Kräfte dienen.

Mit besonderer Vorliebe werden uns die Darlegungen geboten, wonach Freiheit ein trügerischer Wert sei, wonach es niemals und nirgends volle Freiheit gegeben habe, wonach in der Gesellschaftsordnung, in der wir leben, es sowieso keine Freiheit gäbe, und daß es nur ein bürgerlicher Trug sei, von Freiheit zu reden. Wenn der Großinquisitor Dostojewskijs dem schweigenden Christus scheltend vorhält, daß es Wahnsinn sei, wenn er auf die Welt zurückkomme, um den Menschen die Freiheit zu bringen, die sie gar nicht wollen, da sie sich wohl fühlen, wenn sie Sklaven sind und wenn sie andere für sich denken und handeln lassen können, die besser wissen als sie, was gut und böse ist, dann nimmt diese grandiose Vision dieses großen russischen Künstlers die Debatten voraus, mit denen uns vorgegaukelt wird, wir möchten doch um Gottes willen nicht für solche imaginären Werte kämpfen, von denen niemand leben könne, von denen niemand satt werde. Freiheit sei ein bürgerlicher Trug.

Nun, der Fisch lebt auch nicht vom Wasser, aber er lebt im Wasser. **Der Mensch lebt nicht von der Freiheit, aber er kann nur in der Freiheit leben.** Ohne Freiheit erstickt der Mensch in der Seelenlosigkeit der technologischen Maschinerie, wird er zur Ameise in der Ameisenarmee, die Gewaltiges leistet! Grabmäler der Pharaonen gleichermaßen wie die Schützengräben der Weltkriege, wie die Konzentrationslager und Gaskammern. Dem seelischen Tod folgt der physische, folgt die Vernichtung alles dessen, was das Leben lebenswert machen kann. Kein Volk kann so sehr nach Freiheit dürsten wie unser Volk, das durch die furchtbare Tyrannei der Hitlerei hindurchgegangen ist. Hunderttausende von uns haben in den Kerkern und Konzentrationslagern geschmachtet und ihr Leben gelassen. In der tiefsten Not schrecklicher Tage waren uns die Worte Goethes ein unvergänglicher Trost:

> Komm, wir wollen dir versprechen
> Rettung aus dem tiefsten Schmerz.
> Pfeiler, Säulen kann man brechen,
> Aber nicht ein freies Herz.

Das Bekenntnis zur Freiheit, das uneingeschränkte Bekenntnis ohne jeden Hintergedanken entspringt der grundlegenden Einsicht, daß die menschliche Gesellschaft nur Wert haben kann, wenn sie auf menschlichen Werten aufgebaut ist.

Der tägliche Kampf einer großen politischen Bewegung geht scheinbar oft vorwiegend um sehr irdische, materielle Dinge. Wir kämpfen um bessere Lebensbedingungen, wir kämpfen für höheren Lohn, für bessere Wohnungen, für saubere und schöne Städte, für gute Schulen, für vorbildliches Gesundheitswesen und gute ärztliche Verpflegung, für soziale Versicherung, für Altersrenten und Unfallversicherungsschutz, für guten Verkehr, für saubere Arbeitsstätten, für Freizeit und Ferien, für gute Ernährung, für alle die vielen Güter, die die immer fortschreitende technische Entwicklung und die sich steigernde Produktivität der Maschine, die bessere Durchorganisierung der menschlichen Arbeit heute in soviel

höherem Maße zu produzieren gestattet. Sie könnten jedem zugänglich sein, wenn Vernunft und Einsicht und nicht Haß, Machtgier, Herrschsucht und Unverstand gepaart mit nationalistischer Vernebelung die Menschen und Völker lenken würden.

In dem täglichen, nicht abreißenden Bemühen um diese äußeren, sichtbaren und meßbaren Dinge, die wir jedem in ausreichendem Maße zugänglich machen wollen, kann vielleicht gelegentlich der Eindruck entstehen, als ob in diesen einzelnen Dingen sich unser Kampf erschöpfe.

Aber wenn wir uns selber gewissenhaft prüfen, dann wissen wir alle, daß die bloße äußere Summe all dieser Einzeldinge, so wichtig jedes für sich sein mag, nicht der eigentliche Inhalt unseres Kampfes und unseres täglichen Mühens ist. Der gut gekleidete, gut genährte, in einer guten Wohnung lebende und von ersten Ärzten betreute Roboter ist nicht unser Ziel. Ist das ein innerlich und äußerlich freier Mensch, der in einer Gesellschaft lebt, die ihn zur Freiheit erzieht, die ihm das Recht auf freies Denken und Handeln läßt, die ihm das Bewußtsein seiner Würde und seines Rechtes lebendig werden läßt?

Der scheinbar imaginäre Wert der Freiheit wird vielleicht in seiner ganzen, alles andere überschattenden Bedeutung erst wirklich ganz verständlich, wenn sie verlorengegangen ist. Wir hatten sie einmal verloren und wissen, was wir verloren hatten. Wir sind entschlossen, sie niemals wieder, um kein noch so großes Gut in der Welt, von neuem zu verlieren. Wir werden um sie kämpfen, bis wir sie für alle Zeiten gesichert haben, solange in uns noch ein einziger Atemzug lebendig ist.

Die Unbedingtheit dieses Wertes zwingt uns, offen zu bekennen, daß Freiheit nicht nur uns, sondern auch jedem anderen gegeben werden muß. Eine freie Gesellschaft ist nur möglich, wenn um politische und wirtschaftliche Ideale, leider aber auch um Interessen offen gekämpft und gerungen wird. Ein Staat, in dem es nur eine Partei gibt, wird alle schöpferischen Werte ersticken. Die Menschen, die in einer solchen Luft leben, erkannten wir nicht wieder, als wir sie nach langen Jahren wiedersahen. Der Stempel der Unfreiheit war ihnen so sehr aufgedrückt, wie ihren gut genährten Führern das Kainsmal des Brudermordes.

Toleranz und wirkliche **Achtung** vor jeder ehrlich erworbenen Überzeugung, Respekt auch vor den menschlichen Werten eines politischen Gegners sind die selbstverständlichen Formen des öffentlichen Lebens, die in einer freien Gesellschaft erwartet werden und auch zustande kommen. Unabhängigkeit und Unerschrockenheit des Denkens und Handelns sind die natürlichen Folgen einer freiheitlichen Erziehung. Steigerung der geistigen Werte und Kräfte und damit aller menschlichen Leistungsfähigkeit müssen sich in einer solchen Gesellschaft ergeben.

Der Wert imaginärer, angeblich als bürgerlich zu wertender Vorurteile zeigt sich erst recht in Krisen und Belastungszeiten. Er gibt Völkern in den Stunden tödlicher Gefahren den Mut und die Entschlossenheit, durch die sie schließlich am Leben bleiben. Wie würde England sonst seine tödliche Gefahr überlebt haben?

Aus freien schöpferischen Gestaltungen allein erwachsen die großen kulturellen Werte jeder Kunst. Kein Propagandarummel hat uns darüber hinweggetäuscht und täuscht uns auch heute nicht darüber hinweg, daß die Früchte einer in Unfreiheit lebenden Gesellschaft nur immer mehr verkümmernde Routineresultate sind, daß nichts, aber auch gar nichts verbergen kann, wie langsam, aber sicher das große Erbe lebendiger, schöpferischer Vergangenheit vertan wird und wie künstliche kümmerliche linientreue Produkte uns nur Steine statt Brot gaben.

Kein Wort aus dem Munde Churchills hat mich so tief getroffen, um nicht zu sagen verletzt, wie seine Behauptung, wir Deutschen hätten niemals gewußt, was

Freiheit sei. Nein, die Besten unseres Volkes haben das sehr wohl gewußt, und auch wir wissen es. Wir wissen, wie der Fluch der hinter uns liegenden grausigen Vergangenheit uns die Aufgabe stellt, viel, viel mehr als jemals früher den Kampf um die Freiheit, den täglichen, nicht ablassenden Kampf um eine wirkliche freiheitliche Gestaltung all unserer äußeren und inneren Lebensformen zum beherrschenden Mittelpunkt unserer Arbeit zu machen. Keine noch so verlockende opportunistische Erwägung darf uns davon abhalten, diesen Kampf unbedingt und ohne Kompromiß zu führen, solange wir leben, denn bis Deutschland unwiderruflich zur Gewöhnung an Freiheit erzogen worden sein wird, wird eine ganze Generation hartnäckig und mit ganzer Hingabe gearbeitet haben müssen.

Die Idee der Demokratie

Die Staatsform einer freiheitlichen Gesellschaft ist die Form der Demokratie. Ihre grundlegenden Ideen sind unveränderlich, wenn auch ihre äußerlichen Erscheinungsformen mit dem Wandel der Zeit, dem Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und der Verschiedenheit nationaler und kultureller Tradition wechseln können und tatsächlich auch wechseln. Die Grabrede des Perikles auf die gefallenen Athener bleibt ein ewig gültiges Dokument demokratischen Geistes, weil sie mit der genialen Gestaltungskraft eines großen Meisters unvergänglichen Ideen die immer gültige Form verliehen hat. Unsere Demokratie, die wir im Deutschland des 20. Jahrhunderts auf den Trümmern und Ruinen unseres Landes inmitten eines zerrissenen Europas aufzubauen haben, ist dagegen von der Demokratie der athenischen Polis so weit entfernt, daß wir kaum noch das eine mit dem anderen vergleichen können.

Die Durchsetzung demokratischer Lebensformen in Deutschland hängt nach der formunalen Seite von der guten Lösung der Verfassungsprobleme, der richtigen Gestaltung des Wahlrechtes, der Schaffung großer demokratischer Parteien, der grundlegenden, in ihrer Notwendigkeit viel zu wenig erkannten radikalen Demokratisierung der Verwaltung und im übrigen von einer unablässigen demokratischen Erziehung durch unsere Partei ab. Jeder Teil eines solchen knapp pointierten Satzes birgt eine solche Fülle von Einzelproblemen, daß hier nur weniges kurz gestreift werden kann. Endgültige Formulierungen können erst entstehen, wenn die Teilprobleme gut durchdacht und durchgearbeitet sind und wenn aus solcher Vorarbeit alles zur endgültigen Synthese reif geworden ist.

Daß Deutschland staatsrechtlich nicht existiert, erschwert die dauerhafte Lösung des Problems der Demokratie ungemein. Der Weisheit letzter Schluß ist diese Nichtexistenz Deutschlands nicht. Die Geschichte wird darüber wie über manches, was wir jetzt durchleben, ein anderes Urteil fällen, als es zur Zeit für wünschenswert gehalten wird. Man wird sich auch später wohl kaum das Urteil zu eigen machen, es sei für ein friedliebendes großes Land ganz gleichgültig, ob Deutschland konservativ, sozialdemokratisch oder kommunistisch sei. Es habe friedlich zu sein und damit, mit Verlaub zu sagen, basta. Wir finden demgegenüber, daß es gar nicht gleichgültig ist, wie Deutschland sich innerlich entwickelt. Und noch viel mehr finden wir, daß wirkliche Demokratie in Deutschland nur aus uns selber und nicht aus irgendwelchen Befehlen wachsen kann.

Eine demokratische Lösung ist in Deutschland nicht möglich, wenn sie von vornherein mit dem Odium belastet sein würde, auf ausländischen Befehl entstanden zu sein, und dem Bedürfnis der Deutschen, ihr Land als eine nationale Einheit

zu organisieren, widerspräche. Die Tatsache, daß wir Deutschen uns in allen Schichten unseres Volkes einheitlich als Deutsche fühlen, und daß wir bei aller natürlichen Liebe und Anhänglichkeit an unsere engere Heimat doch im wesentlichen als Deutsche in einem einheitlichen Land leben wollen, ist nun einmal eine historisch gewordene Tatsache, die von niemandem mehr rückgängig gemacht werden kann.

Für ein einheitliches Deutschland

Die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihren jahrhundertealten Wohnstätten hat sogar durch die Millionen-Armee von Flüchtlingen ein neues Element größeren nationalen Zusammenschlusses geschaffen. Alle Beobachtungen gehen dahin, daß durch die langsam beginnende Verschmelzung zwischen alteingesessener und neu zugewanderter Bevölkerung manche alten, etwas starren lokalen Bindungen neu gelockert worden sind, und daß vielleicht ganz im Gegensatz zu der Absicht, aus der heraus diese Aussiedlung vorgenommen wurde, das Bewußtsein einer einheitlichen Zusammengehörigkeit noch stärker als früher geworden ist. Jede politische Konstruktion staatsrechtlicher Natur, die in Deutschland an diesen Gegebenheiten vorübergehen würde, müßte von vornherein zum Scheitern verurteilt sein.

Insbesondere bilden wir deutschen Sozialdemokraten unterschiedslos in allen Teilen Deutschlands eine einheitliche Bewegung. Wir sind von einem tiefen Gefühle der Zusammengehörigkeit, des gemeinsamen Schicksals, der Gemeinsamkeit unserer Ideen und Ziele, der Einheitlichkeit unserer politischen Methoden und Auffassungen durchdrungen. Unsere Bewegung ist auf demokratischer Grundlage aufgebaut. Wir kennen in ihr keinen Führerkult und werden ihn niemals haben. Aber wir haben in ganz Deutschland als Sozialisten das Bedürfnis, uns gegenseitig zu helfen, gemeinsam zu arbeiten und unsere politischen Entscheidungen unter dem Gesichtspunkt gesamtdeutscher Interessen zu fällen. **Wir sind heute in Deutschland die wirklich nationale deutsche Partei, die unabhängig von jeder fremden Macht ein freies einheitliches Deutschland will. Wir sind die Partei, die diese Einheitlichkeit und Freiheit Deutschlands heute bereits in ihrer bloßen Existenz verkörpert,** wie immer auch kurzsichtige vorübergehende Experimente der Zerstörung der deutschen Einheitlichkeit exerziert werden mögen.

Das sind alles Tatsachen, die bei ernsthaftem Nachdenken kein inländischer oder ausländischer Beobachter der deutschen politischen Entwicklung übersehen kann und im Interesse seines eigenen Landes nicht übersehen sollte. Wir müssen das ganz offen auch an die Adresse derjenigen Macht sagen, die sich immer noch nicht entschließen kann, mit dieser historisch unabänderlich gegebenen Tatsache wirklich zu rechnen. Die SPD bleibt die SPD, auch wenn man das „D" am Ende streicht. An ihrem Charakter wird sich nichts ändern. Aber wir hätten keine Einwendungen dagegen, unseren letzten Buchstaben zu ändern und statt des „D" ein „E" zu akzeptieren, damit wir dann auch in unserem Namen als das erscheinen, was wir politisch sind und wozu wir organisatorisch bereit sind, es zu werden, ein Landesverband der Sozialdemokratischen Partei Europas.

Der staatsrechtliche Aufbau

Um so mehr sollte die Tatsache Beachtung finden, daß aus unseren Reihen kein Wort des Widerspruchs gegen die Auflösung Preußens gekommen ist und niemals kommen wird. Der staatsrechtliche Aufbau Deutschlands kann nur auf der Basis einer gesunden Dezentralisierung der Verwaltung durch Länderregierungen erfolgen. Diese Länder dürfen kein Selbstzweck sein. Sie können aus rein finanziellen und wirtschaftlichen Erwägungen heraus keine Staaten

sein. Sie können nur höhere Verwaltungseinheiten bilden, in denen die Ausübung der Macht, insbesondere auch die Ausübung der polizeilichen Macht so weit wie möglich dezentralisiert wird.

Die Demokratisierung Deutschlands erfordert ein kühnes und radikales Bekenntnis zur weitgehenden Selbstverwaltung in den Gemeinden und zur restlosen Überwindung des aus der absolutistischen Zeit des allgemeinen preußischen Landrechtes stammenden Präfektensystems in Form von Regierungspräsidenten und Landräten, die nur als Befehlsempfänger oberer Instanzen fungieren. Es muß in jedem einzelnen Lande die Gliederung in Bezirke auf der Grundlage erfolgen, daß es keine Regierungsgewalt ohne demokratische Kontrolle durch gewählte Volksvertreter geben kann.

Wir müssen bei der Ausarbeitung einer endgültigen Verfassung für Deutschland dafür sorgen, daß das Problem der Demokratisierung der Verwaltung in seiner Bedeutung richtig erkannt wird, und daß diesmal nicht durch Aufpfropfung einer neuen scheindemokratischen Bürokratie auf die alte im Grunde nichts geändert wird. Technisch wie politisch ergeben sich dabei eine Fülle von Schwierigkeiten, die zu überwinden nicht leicht sein wird.

Die augenblickliche territoriale Abgrenzung der Länder ist viel zu sehr, um nicht zu sagen ausschließlich, nach den vorübergehenden Besatzungsgesichtspunkten erfolgt. Die Größe und Leistungsfähigkeit der Länder ist sehr ungleich. Die außerordentlich wertvollen Vorarbeiten, die während der Weimarer Zeit auf diesem Gebiete geleistet worden sind, sind fast gar nicht zu Rate gezogen worden. Es besteht an vielen Orten die Gefahr, daß Überspitzungen bei dieser Ländergliederung zu sehr törichten regionalistischen Neigungen führen, und daß eine an sich gesunde Reaktion dagegen geneigt sein wird, das Kind mit dem Bade auszuschütten und zu verkennen, daß **eine wirklich gut durchdachte Gliederung Deutschlands die ganz natürliche und nicht von außen aufgezwungene Konsequenz einer freiheitlichen innerdeutschen Entwicklung ist.**

Das Wahlrecht

Es ist selbstverständlich, daß den Ländern gegenüber nur eine Reichsregierung möglich ist, die aus Wahlen zu einem einheitlichen Reichstag hervorgegangen ist. Es ist auch in unseren Reihen strittig, ob das Proportionalwahlrecht oder das Mehrheitswahlrecht politisch zweckmäßiger sei. Die These, aber, daß die Weimarer Republik am Proportionalwahlrecht zugrunde gegangen sei, vermag ich mir nicht zu eigen zu machen. Sie zeugt von einer allzu äußerlichen Beurteilung der Dinge und entspricht der leider nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland vorhandenen Neigung, Erfahrungen und Verhältnisse des eigenen Landes als unbedingt sicheren Maßstab für die Beurteilung der Verhältnisse in einem anderen Lande anzuwenden. Weil in England das Mehrheitswahlrecht gute Resultate erzielt hat, ist noch keineswegs gesagt, daß es in Deutschland ohne weiteres gleichermaßen gute Resultate erzielen würde.

Wir müssen die Voraussetzung für das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems, nämlich die Erziehung großer Schichten unseres Volkes zu selbstverständlichem demokratischen Denken und Handeln durch Herausbildung großer demokratisch zuverlässiger Parteien erst leisten. Eine sofortige Übertragung des Mehrheitswahlrechtes ohne Berücksichtigung des Proporzes auf unsere Verhältnisse würde die politische Unruhe und die Neigung zur Unstabilität unzweifelhaft nur verstärken, weil die unterlegenen Gruppen sich, wenn sie nicht vertreten sind, in Deutschland benachteiligt fühlen.

Daß das Mehrheitswahlrecht bessere geistige Kapazitäten in das Parlament schicken würde, ist eine reichlich kühne Annahme. Richtig ist, daß das frühere Proportionalwahlrecht reformiert werden muß, daß die Bevorzugung kleiner Splittergruppen zu unterbleiben hat, daß die Anrechnung von Reststimmen auf Listen höchstens im Ländermaßstab zulässig sein darf, und daß vielleicht durch ein besonderes Gesetz über die Bildung politischer Parteien Garantien für ihre demokratische Unabhängigkeit geschaffen werden müssen.

Die Bedeutung all dieser Fragen soll nicht unterschätzt werden. Aber es würde ein Fehler sein, das Allheilmittel für alle deutschen Nöte in einer sehr typisch deutschen Denkweise nur in der mehr oder weniger richtigen Lösung rein organisatorischer Fragen sehen zu wollen.

Länderaufbau

Die staatsrechtlichen Ideen, die dem demokratischen Neuaufbau Deutschlands zugrunde zu legen sind, müssen einfach und klar sein. **Jeder übertriebene unnötige Zentralismus ist ebenso abzulehnen wie rein föderalistische Spielerei.** Dabei müssen wir freilich beachten, daß in unserer Sprache das Wort „föderalistisch" einen engeren Sinn bekommen hat als zum Beispiel in der englischen Sprache, wo man unter dem gleichen Wort nichts anderes versteht als das, was auch wir akzeptieren können, nämlich vernünftige Dezentralisierung aller der Funktionen, die dezentralisiert von Länderregierungen, Gemeindeverwaltungen und Kreis- und Bezirksorganisationen ausgeübt werden können.

Die Vielfalt lokaler Zentren hat Deutschland niemals geschadet, sie hat vielmehr immer eine Bereicherung unseres geistigen und kulturellen Lebens zur Folge gehabt. Und schließlich lebt ein Volk ja nicht nur zu dem Zweck, um in einer zentralen Hauptstadt in riesigen Steinkästen Überorganisatoren die Möglichkeit grandioser Exerzitien zu geben.

Zentrale Verwaltung

Einig sind wir uns darüber, daß wir ein zentral geleitetes Verkehrssystem, ein zentral geleitetes Finanzsystem, eine zentral geleitete wirtschaftliche Planung haben müssen. Der genaue Kenner all dieser Materien weiß aber, daß auch bei diesen zentral geleiteten lebenswichtigen Organen einer einheitlichen Reichsregierung genug Dinge übrigbleiben, die dezentralisiert zu verwalten sind, wenn nur ihre einheitliche Steuerung und die einheitliche Durchführung bestimmter Direktiven gewährleistet wird.

In kleinerem Maßstab haben wir ein ähnliches Problem in unserer Berliner Verwaltung, auch hier müssen wir es lernen, bezirkliche Initiative und Selbständigkeit mit einheitlicher Führung und Steuerung zu vereinigen. Ein solches Problem ist niemals ganz leicht. Restlos wird es nie gelöst. Immer wieder tauchen neue Erfahrungen auf, die berücksichtigt werden müssen. Glücklicherweise bleibt das Leben nie stehen, und auch unsere Nachfolger werden sich über manche Probleme den Kopf immer von neuem zerbrechen müssen.

Finanziell gesehen, wird der Kampf um den Finanzausgleich ein immer wiederkehrender Kampf bleiben. Wirtschaftlich gesehen, wird in Zeiten der Ernährungsnot das Ablieferungssoll eines Kreises oder eines Landes für lange Zeit ein wichtiges Politikum sein. Anzunehmen, daß die Traditionen des Königreichs Bayern oder Sachsen kurzerhand untergehen können, das wäre ein politischer und psychologischer Trugschluß, und auch Politik ist ohne Berücksichtigung psychologischer Faktoren auf die Dauer nicht möglich.

Im Augenblick brennt uns die Notwendigkeit der Herstellung einer wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Einheit Deutschlands zu sehr auf den Nägeln. Wir alle wissen, und auch das Ausland weiß, daß Deutschland nur als einheitliches Land leben und existieren kann. Es würde aber verkehrt sein, wenn wir bei einer grundsätzlichen Erörterung unserer sozialdemokratischen Ziele uns nur unter dem Eindruck momentaner Notwendigkeiten äußern würden.

Die Tatsache, daß ein einheitliches Deutschland zur Zahlung größerer Reparationen aus der laufenden Produktion besser geeignet ist als Deutschland in seinem jetzigen Zustand der Trennung, ist für uns nicht die maßgebende Erwägung, die uns veranlaßt, uns zu einem einheitlichen Deutschland zu bekennen. Für uns ist die Einheit Deutschlands nicht ein Mittel, um irgendwelche außerhalb Deutschlands liegenden Interessen zu befriedigen. Wir bekennen uns zum einheitlichen Deutschland, weil diese Einheitlichkeit im Bewußtsein des Volkes eine unwiderrufliche Tatsache geworden ist, und weil nur unter Anerkennung dieser Tatsache ein demokratischer Aufbau möglich ist.

Unser eigentliches Ziel ist aber eben dieser demokratische Aufbau. Darunter verstehen wir das Recht und die Verpflichtung unseres Volkes, alle Entscheidungen seiner Politik und seiner Verwaltung selbst und unter eigener Verantwortung zu treffen. Darunter verstehen wir insbesondere die Verpflichtung eines jeden, an all diesen Entscheidungen eigenen und selbständigen Anteil zu nehmen und diesen Anteil durch ständige ehrenamtliche Mitarbeit am öffentlichen Leben in jeder Form zu bekunden. Wichtiger als alle staatsrechtlichen Finessen ist uns diese Erziehung zur demokratischen Mitarbeit, die sich in Selbstachtung und in Achtung anderer darin äußern muß, daß im Kampf und im Zusammengehen alle Gruppen am öffentlichen Leben mitarbeiten.

Sozialistische Wirtschaft

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß der demokratische Lebensstil eines Volkes auch zu demokratischen Formen der Wirtschaft führen muß, wie es umgekehrt selbstverständlich ist, daß Erschütterungen durch grundlegende Veränderungen in den ökonomischen Machtpositionen unausbleibliche Folgen für die demokratische Entwicklung haben. Wirtschaftliche Tatsachen, wirtschaftliche Machtverhältnisse, organisatorische Veränderungen der Gesellschaftsstruktur haben ihre Rückwirkungen auf das gesellschaftliche und politische Denken der Menschen, und umgekehrt erzwingt eine wirklich demokratische Gesinnung auf die Dauer Strukturwandlungen in der Wirtschaft und insbesondere in den wirtschaftlichen Machtverhältnissen.

Seit dem Beginn der industriellen Revolution gegen Ende des 18. Jahrhunderts hat eine sprunghafte Zunahme der Bevölkerung in allen Industrieländern eingesetzt. Die dynamische Logik der Tatsachen hat mit der steigenden Flut den Massen der Bevölkerung neue Rechte, neue Lebensaspekte, neue Möglichkeiten und neue Ideale gegeben. Es mögen einzelne, es mögen ganze Gesellschaftsgruppen, es mögen veraltete Ideologien über diese Tatsache jammern. Aus der Welt geschafft sind sie damit nicht. Mit elementarer Naturgewalt vollzieht sich dieser Aufstand der Massen und erzwingt eine Änderung des gesamten geistigen und gesellschaftlichen Aspektes.

Parteien, Strömungen, ganze Systeme, veraltete Regierungsformen stürzen entweder wie in Deutschland unter der Wucht militärischer Niederlagen, oder sie formen sich um wie in England, wo alle Entwicklungen dank der größeren politischen Erfahrungen und der glücklicheren äußeren Lage organischer vor sich gehen.

Es bleibt in allen Ländern die Tatsache bestehen, daß die sozialistische Lösung unvermeidlich wird. Es gibt heute keine Bewegung mehr, die mit Aussicht auf Erfolg um die Führung eines modernen Landes ringen kann, wenn sie sich nicht zu sozialistischen Gedankengängen bekennt. Wir wissen genau, daß dieses Bekenntnis in sehr vielen Fällen ein reiner Lippendienst ist. Der Unterschied zwischen unserem angeblich heidnischen Sozialismus und dem christlichen Sozialismus anderer scheint mir in erster Linie darin zu bestehen, daß viele Leute mindestens die äußerliche Verbeugung vor sozialistischen Ideen heute bereits als unentbehrlich anerkannt haben.

Wir sind die einzigen bewußten und zielsicheren Bannerträger der sozialistischen Idee nicht nur in Deutschland, sondern in allen anderen europäischen Ländern. Politische und wirtschaftliche Gedanken, die wir zuerst vor Jahrzehnten in die Debatte geworfen haben, die als utopisch verlacht wurden, sind heute Gemeingut geworden. Heute sind sie zum großen Teile verwirklicht.

Die neuen Tatsachen

Die neu geschaffenen politischen und wirtschaftlichen Tatsachen des deutschen Zusammenbruchs ergeben die Möglichkeit und die Notwendigkeit eines neuen Staates. Es gibt keine Junkerklasse mehr. Die Machtpositionen der Schwerindustriellen sind zerschlagen. Wir werden dafür sorgen, daß sie niemals wieder in die Hände einer reaktionären, kriegslüsternen, in ihrem ganzen geistigen Gehabe rückwärts gewandten Gesellschaftsschicht kommen. Eine ehrliche antikapitalistische Sehnsucht auch der Mittelschichten und insbesondere der für uns so wichtigen geistigen und führenden Berufe kommt unseren sozialistischen Ideen entgegen. Wir müssen den in unseren europäischen Verhältnissen allein möglichen Weg zur sozialistischen Neugestaltung zeigen, der in Verbindung mit geistiger und politischer Freiheit die Beherrschung der wirtschaftlichen Machtpositionen einer kleinen Clique entreißt und sie in die Hände des gesamten Volkes legt.

Auch hier würde es falsch sein, die Größe der Aufgabe zu unterschätzen und etwa anzunehmen, daß bloße organisatorische Veränderungen, also etwa die bloße Übernahme von Kohle und Eisen in Staatsbesitz ohne tiefgreifende gesellschaftliche Änderungen allein genügen würde, uns zu der Behauptung zu ermächtigen, das Problem sei gelöst. Am Beginn der Sozialisierungsaktionen, vor denen wir stehen und in denen das Kernstück unserer Aufgaben für die nächste Generation zu sehen ist, stehen gewiß die Besitzveränderungen. Der Besitz der Kohlengruben muß aus privaten Händen in die Hand der Öffentlichkeit übergehen. **Aber Sozialisierung und Sozialismus sind mehr als nur der Wechsel der Herren. An die Stelle der Grubenherren den zentralistisch geleiteten Polizeistaat, also neue Herren, zu setzen, mag politisch leicht sein. Vom sozialistischen Standpunkt aus ist es eine vollkommen ungenügende Lösung.**

Entscheidend sind für unsere Auffassung diejenigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die im Laufe der vor uns liegenden Generation gelöst werden müssen und die unsere Wirtschaft in ein sozialistisches Fahrwasser leiten müssen.

Planung

Wir benötigen eine planmäßige Lenkung und Leitung. Dies ergibt sich schon aus der Tatsache, daß wir für lange Zeit an allen wichtigen Grundstoffen mit einem Mangel zu rechnen haben. Uns wird es nicht nur an Kohle und Eisen fehlen, sondern wir werden auch alle anderen Formen von Energie, von

Verkehrsleistungen und wichtigen zu importierenden Rohstoffen in planmäßiger Verteilung einsetzen müssen. Wir bedürfen dazu einer für die Durchleuchtung unserer wirtschaftlichen Struktur, Bedürfnisse, Möglichkeiten und technischen Entwicklungen ausreichenden zentralen Planungsorganisation. Wichtige Anweisungsbefugnisse können nur von einer zentralen Stelle aus erfolgen. Eine solche Planung muß elastisch genug sein, um den niemals ganz zu vermeidenden bürokratischen Betrieb so leistungsfähig wie möglich zu gestalten und der lokalen Initiative möglichst weiten Spielraum zu gewähren.

Der sozialisierte Wirtschaftssektor

Eine unmittelbare Vollsozialisierung durch Übertragung des gesamten Eigentums an die öffentliche Hand kommt zunächst nur für die Kohlenindustrie und für die unmittelbar mit ihr verbundene Eisen- und Stahlindustrie sowie für große Konzern- und Monopolbetriebe in Frage. Die Organisationsform dieser zu sozialisierenden Industrien darf nicht die eines zentralistisch geleiteten staatskapitalistischen Betriebes sein. Es muß eine weitgehende Auflockerung durch Beteiligung genossenschaftlicher Organisationen und eine bewegliche Selbständigkeit der einzelnen Betriebe angestrebt werden. Ohne daß die immer vorhandene Gefahr eines engen Betriebsegoismus übersehen wird, muß doch eine ausreichende Beteiligung der Betriebsräte und gewerkschaftlichen Organisationen in Form eines gut durchdachten Mitbestimmungsrechtes gewährleistet sein.

Alle in die öffentliche Hand zu überführenden Betriebe müssen zu vorbildlicher öffentlicher Rechnungsablegung, zu klarer Bilanzierung und zu systematischer Steigerung der Produktionsleistung angehalten werden. So vorbildlich, wie unserer Meinung nach ein öffentlicher Betrieb auf sozialistischen Gebieten zu sein hat, so vorbildlich muß er auch in seiner technischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit sein. Systematische Förderung der technischen Forschung, ständige fortschreitende Rationalisierung, Verbesserung der Produktion im Wettbewerb und im Erfahrungsaustausch mit anderen ähnlichen Betrieben sind die ersten Aufgaben. Allein diese Arbeit wird bereits dazu beitragen, die gesamte gesellschaftliche Struktur Deutschlands entscheidend zu beeinflussen.

Die Möglichkeiten wirtschaftlicher und technischer Entwicklungen dürften dabei nicht regional auf bestimmte Gebiete begrenzt bleiben. Es muß ein systematischer Ausgleich zwischen den verschiedenen deutschen Gebieten stattfinden, eine Art Ergänzung des sogenannten Finanzausgleiches auf wirtschaftlichem Gebiete. Da aus anderen Gründen die gesamte landwirtschaftliche Produktion bei voller Aufrechterhaltung des bäuerlichen Eigenbesitzes in allen entscheidenden Dingen gelenkt und gefördert wird, so wird zusammen mit der öffentlichen Bewirtschaftung des gesamten Energie- und Verkehrswesens der öffentliche Sektor in unserer Wirtschaft absolut überwiegen.

Der private Wirtschaftssektor

Aber es besteht nicht die geringste Notwendigkeit, in die Besitzverhältnisse und in die wirtschaftlichen Leistungen der kleineren und mittleren Betriebe einzugreifen. Es muß im Gegenteil alles getan werden, um den kleinen und mittleren Betrieben,

bei denen der Kapitalbesitz gegenüber der eigentlichen initiativen Unternehmertätigkeit an Bedeutung zurücktritt, jede Lebens- und Entwicklungsmöglichkeit zu geben, die zur Förderung und Steigerung aller produktiven Möglichkeiten führen wird.

Die Gesamtwirtschaft

Die Erkenntnis, daß die Steigerung der Produktion und des Sozialproduktes das Hauptziel jeder sozialistischen Wirtschaft zu sein hat, muß alle Teile unserer Bewegung und das gesamte öffentliche Wirtschaftsdenken durchdringen. Wirtschaftliche Probleme, technische Entwicklungsfragen, Möglichkeiten besserer Wirtschaftsentwicklung, alle diese Dinge müssen aus der Sphäre des primitiven Gegensatzes zwischen Kapital und Arbeit, dem sie in der sich entwickelnden Gesellschaft nicht entfernt mehr so stark unterliegen werden wie früher, herausgehoben werden.

Sie müssen in unserer politischen Arbeit, in unserer Presse, im Parlament in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gestellt und als zentrale Aufgabe unserer Bewegung erkannt werden. In dem Maße, in dem in einer sich zum Sozialismus entwickelnden Gesellschaft reine Privatinteressen allmählich aufhören werden, politische Machtfaktoren zu sein, in dem Maße müssen umgekehrt wirtschaftliche Entwicklungsfragen in ihrer größeren Bedeutung auch von der politischen Bewegung anerkannt, geleitet und gefördert werden.

Es ist nicht zu befürchten, daß in der sich so anbahnenden Entwicklung neue große Kapitalzusammenballungen zu monopolartiger Marktbeherrschung oder zu politischen Privilegien werden führen können. Die Technik der modernen Einkommensteuergesetzgebung hat Mittel genug an der Hand, um jede Möglichkeit von Auswüchsen nach der Seite übertriebener und sozial nicht zu ertragender Eigentumsanhäufung zu verhindern, ohne dem verständlichen und berechtigten Wunsch des einzelnen, in den Ertrag seiner Arbeit zu kommen, sich Erspartes anzulegen und auf dem Markte frei zu kaufen, was ihm beliebt, ein Hindernis in den Weg zu legen.

Wenn es uns gelingen wird, überalterte Tradition und den geistigen Habitus, der in bestimmten Kreisen früher üblich war, zu überwinden, wenn wir es verstehen, für die Größe der hier zu lösenden Aufgaben auch diejenigen Menschen zu begeistern, die vielleicht früher nicht in unseren Reihen standen, die aber heute einsehen, daß unwiderrufliche Tatsachen durch die geschichtliche Entwicklung geschaffen sind, dann werden wir imstande sein, solide Grundlagen eines neuen wirtschaftlichen Baues zu schaffen, auf denen ein dauerhafteres Gebäude errichtet werden kann, als es in der Weimarer Zeit möglich war.

Die nächsten Jahre schon müssen uns an der Arbeit sehen, den Übergang zu einer Gesellschafts- und Wirtschaftsform zu schaffen, in der bei voller Aufrechterhaltung bürgerlicher, politischer, geistiger und kultureller Freiheiten, die unserem Volke eigene große organisatorische Begabung, seine Fähigkeit zu fleißiger und zäher Hingabe an große Aufgaben dazu beitragen, in enger Verbundenheit mit gleichstrebenden anderen europäischen Völkern diesen Übergang zu einer von sozialistischen Tendenzen durchtränkten Wirtschaftsform zu finden. Die Mitarbeit weitester Kreise muß diesem Werke gesichert werden. Es muß das Bewußtsein erzeugt werden, daß es auf diesem Wege möglich sein wird, aus Trümmern und Ruinen einen Neubau aufzurichten, der dauerhaft ist und jedem den Ausblick in eine bessere Zukunft ermöglicht.

Bekenntnis zum Weltfrieden

Diese bessere Zukunft wird weder für Deutschland, weder für Europa, noch für die Welt möglich sein, wenn Deutschland, geführt von unserer Partei, nicht eine wirklich friedliche Politik betreibt. Natürlich hängt auch in dieser entscheidenden Frage die Zukunft der Welt keineswegs nur von uns allein ab. Aber wenn es uns gelingt, den benachbarten Völkern nach all den furchtbaren Erfahrungen, die sie mit der aggressiven Politik des deutschen Militarismus gemacht haben, das endgültige Vertrauen einzuflößen, daß sie einen neuen Angriff nicht mehr zu gewärtigen haben — das erfordert Zeit und Geduld —, dann werden wir einen großen und wichtigen Beitrag für den künftigen Weltfrieden geleistet haben. **Wichtiger als die Demontage einzelner Fabriken ist die Demontage jener kriegerischen überheblichen Gesinnung,** die in der Vergangenheit, immer wieder von einer kleinen Minderheit künstlich und zielbewußt geschürt, den Boden für kriegerische Explosionen vorbereitet hat.

Internationale Verständigung

Wir deutschen Sozialdemokraten sind immer innerlich überzeugte Anhänger einer ehrlichen internationalen Verständigung gewesen. Trotz allen Mißtrauens, das dem deutschen Volke immer noch entgegengebracht wird, verfügen wir auch heute noch über ein großes Vertrauenskapital. Es muß eine unserer wichtigsten Aufgaben sein, dieses Vertrauenskapital zu pflegen. Wir müssen in unserer Presse, in unserem Radio, das uns hoffentlich auch bald einmal unter eigener Verwaltung zur Verfügung gestellt wird, nicht nur immer von den Nöten unseres eigenen Volkes sprechen. Wir müssen das Verständnis der Deutschen dafür erwecken, daß auch andere Völker ihre Sorgen und Schwierigkeiten haben. Wir müssen unser Volk dahin bringen, daß es den guten Willen, der uns entgegengebracht wird, sieht und anerkennt. Gewiß wird diese Aufgabe uns außerordentlich erleichtert werden, wenn es gelingt, die elementarsten Lebensbedingungen zu bessern und endlich eine neue Hoffnung sichtbar werden zu lassen. Es ist unsere Aufgabe, in unserem Lande in viel stärkerem Maße, als das bisher der Fall gewesen ist, Verständnis dafür zu wecken, daß wir nur ein Volk unter vielen Völkern sind, daß auch wir weder physisch noch geistig leben können, wenn wir nicht in ständigem Gedankenaustausch mit anderen Völkern leben.

Unsere Rückkehr zur Internationale der Bruderparteien müssen wir erstreben. Sie muß unter den natürlichen Voraussetzungen erfolgen, die die Selbstachtung gebieten; denn nur wer sich selber achtet, kann andere achten.

Auslandsvertretungen

Aber die von uns in der nächsten Generation zu lösende Aufgabe ist nicht nur eine Aufgabe, die im Parteirahmen angepackt werden muß. Die Völker können sich den Luxus einer veralteten und lächerlich gewordenen Bürokratendiplomatie alten Stils nicht mehr leisten. Wir müssen nicht nur Verwaltungsmänner und Wirtschaftsfunktionäre heranbilden. Wir müssen auch nach der Bildung einer Reichsregierung eine ganz neue Generation von Auslandsvertretern heranbilden. Ihnen muß zur Pflicht gemacht werden, nicht nur über gute äußerliche Gesellschaftsmanieren zu verfügen, was eigentlich selbstverständlich sein sollte. Man muß von einem Deutschen, der sein Land im Ausland vertritt, erwarten, daß er die Sprache des Landes lernt, in dem er lebt, daß er ernsthaft sich bemüht, die Geschichte und Tradition, die Sitten und Gewohnheiten, die Nöte und Bedürfnisse eines solchen Volkes zu verstehen, daß er ein Freund des Volkes

wird, bei dem er um die Freundschaft für sein eigenes Volk zu werben hat. Es wird uns genug Achtung und Vertrauen in der Welt entgegengebracht, und wenn wir auch diese Arbeit richtig in Angriff nehmen, können wir dem Frieden der Welt einen guten Dienst leisten. Wir wollen auch hier darauf bestehen, daß nicht durch eine Hintertür immer wieder dieselben alten innerlich überlebt gewordenen Kreise aus der Versenkung auftauchen, die von der komischen Vorstellung besessen sind, als ob immer nur sie allein imstande wären, unser Land zu vertreten. Der internationale Zusammenhalt, der unter diesen Schichten bei ihren ständigen Bridgepartien und Einladungen zu beobachten ist, hat nichts zu tun mit der internationalen Gesinnung, die wir von unseren künftigen Vertretern als selbstverständlich erwarten.

Verständigung mit den Nachbarvölkern

Wir müssen immer wieder klar betonen, daß wir jedem Volke Achtung und Verständnis entgegenbringen wollen. Wir dürfen uns durch niemanden provozieren lassen, und wir dürfen uns auch nicht zu einseitigen Bindungen verlocken lassen. **Dem großen russischen Volke schulden wir die Achtung, die es durch seine gewaltigen Leistungen verdient hat. Wir sind nicht antirussisch, wir können nicht antirussisch sein, wir wollen nicht antirussisch sein, und wir werden nicht antirussisch sein. Wir wollen nur frei und unabhängig sein. Wir wollen die uns auferlegten Verpflichtungen erfüllen, aber wir wollen nicht Quislinge irgendeiner Macht werden.**

Die wichtigste Aufgabe ist natürlich das ständige Gespräch und die ständige Pflege, jedes nur möglichen Versuches, mit unseren Nachbarn zu einem dauerhaften friedlichen Zusammenleben zu kommen. Es entspricht nicht meinem Wunsche, auch nur andeutungsweise eine Frage gegen die andere ausspielen zu wollen, wenn ich sage, daß die Verständigung mit Polen und Frankreich für uns die wichtigsten Aufgaben sind.

Geographische und historische Verhältnisse haben im Osten unseres Landes in der weiten eurasischen Ebene die Grenzziehungsfrage erschwert. Wir müssen die Hoffnung niemals aufgeben, daß eine Lösung gefunden wird, die ein dauerndes Zusammenleben zwischen Polen und Deutschen ermöglicht.

Mit Frankreich sind solche Grenzprobleme weniger wichtig als die anderen Probleme psychologischer Art. Das Ressentiment eines dreimal von uns überfallenen Landes ist eine Tatsache, mit der wir rechnen müssen. Aber wir müssen auch unserem französischen Nachbarvolk in aller Offenheit sagen, daß Ressentiments eine schlechte Grundlage für eine dauerhafte Politik bilden. Deutschland ist keine Kriegsgefahr mehr. Es hat keinen Sinn, eigensinnig auf solchen Thesen zu beharren, die durch den Gang der Geschichte überholt sind. Deutschland ist gezwungen zur Zusammenarbeit, und unter unserer Führung wird Deutschland zur Zusammenarbeit ehrlich bereit sein.

Jeder von uns hat seinem eigenen Volke gegenüber die Verpflichtung, seine Worte auf die Waagschale zu legen und zu bedenken, daß wir sorgfältig und kritisch beobachtet werden. Jeder von uns muß wissen, daß man uns nicht nur auf das Maul, sondern auch auf die Fäuste sieht. Jeder von uns muß, wo immer er kann, an dieser wichtigen Arbeit der dauerhaften Verständigung mit unseren Nachbarvölkern arbeiten. **Wenn wir diese Frage nicht lösen, ist alles, was wir im Innern schaffen, vergeblich. Wir stehen und fallen damit, daß wir Deutschland in die friedliche Gemeinschaft der Völker eingliedern.**

Von der Linie, die uns die eigene Selbstachtung auferlegt, werden wir niemals abweichen. Aber immer wollen wir bereit sein, das Menschenmögliche, ja das

Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Menschenunmögliche zu tun, um unter äußerster Selbstüberwindung den Weg ins Freie zu bahnen, der zum dauerhaften Frieden führt. Damit werden wir auch in anderen Völkern die Kräfte fördern, die mit uns zusammen guten Willens sind. So wie die Freiheit nicht ein Geschenk des Himmels ist, sondern erkämpft und erstritten werden muß, so ist auch der Frieden nicht ein Geschenk des Himmels. Er kommt zu uns Deutschen nur, wenn wir deutschen Sozialdemokraten, die wir ja auch hier zur Führung berufen sind, unsere Pflicht als international gesonnene Menschen tun.

Demokratie oder bedingungslose Gewalt

Das Instrument, mit dem diese großen Aufgaben eines demokratischen sozialistischen Aufbaues von uns gelöst werden müssen, ist unsere Sozialdemokratische Partei. Über ihre besonderen Probleme müssen wir uns ebenso klar auf unseren Parteitagen Rechenschaft geben wie über die Aufgaben, die wir lösen wollen; denn das Instrument muß der Größe der Aufgaben gewachsen sein.

Der demokratische Staat ist zugleich der Mehrparteienstaat. Nicht die totalitäre Einheitspartei mit ihrem Propagandarummel, der den Pferdefuß der Lakaienhaltung nicht verbergen kann, sondern der Freiheits- und Unabhängigkeitswille wird sich durchsetzen. Damit ist ein System gegeben, in dem an die Stelle der einen totalen, zwangsläufig alle umfassenden Einheitspartei, der Kampf einer größeren Anzahl von Parteien um den Staat, um die politische Macht und um die geistige Führung in Deutschland treten wird. In diesem Kampfe wird — etwas anderes ist, wie immer man die Dinge drehen und wenden mag, nicht möglich — der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands die größte und schwerste Aufgabe zufallen.

Mit oder ohne Zustimmung: Es gibt nur eine deutsche Sozialdemokratie, denn sie verkörpert wie keine andere den für uns selbstverständlichen Zusammenhalt des deutschen Volkes als Einheit. Niemals mehr wird das alte vergiftende Schlagwort „national" seine spaltende Wirkung ausüben können, weil gerade in dem Kampfe, zu dem wir als Partei um unsere einheitliche Existenz gezwungen sind, der imminente nationale Charakter unserer Partei und Bewegung für alle Zeiten festgelegt werden wird, ohne daß wir deswegen im geringsten Gefahr laufen müssen, in die gefährliche Nachbarschaft nationalistischer Tendenzen zu kommen.

Die Funktion der Partei

Wichtiger als diese Dinge, die für uns selbstverständlich sind, ist die Frage, welche Aufgaben und Funktionen unserer Partei in diesem inneren Neuaufbau Deutschlands zukommen. Mit der gewissenhaften Überprüfung aller unserer geistigen Grundlagen, aller unserer Ziele und Ideen zusammen müssen wir auch die Aufgabe erkennen, aus unserer Partei ein Instrument zu machen, mit dem dem Volke die Möglichkeit gegeben wird, seinen unzweifelhaft vorhandenen antikapitalistischen Neugestaltungswillen durchzusetzen, demokratische und sozialistische Ideen miteinander zu verschmelzen und eine im Volke fest verankerte geistige Grundlage zu schaffen, auf der eine dauerhafte Legitimierung des demokratischen Regimes erfolgen kann.

Das Hitlerregime hat den Stempel der Illegitimität nie verloren. Das Bewußtsein, eine usurpatorische Macht zu sein, haben seine Träger immer gehabt, und die großen Volksmassen haben selbst in den Momenten der größten Erfolge des Regimes den latenten Zweifel nicht nur an der Dauerhaftigkeit, sondern auch an dem legitimen Charakter dieses alle Rechtsbegriffe verneinenden nihilistischen Machtsystems nie ganz verloren. Aber die Usurpatoren hätten die Macht nicht

in die Hand bekommen können, wenn die Weimarer Republik die Überzeugung von der Unerschütterlichkeit und Legitimität ihrer Existenzgrundlagen zum allgemeinen Überzeugungsgut hätte machen können.

Ihre Träger selber haben nie ganz mit der letzten Kraft, der unbedingten Überzeugung vor sich selber und auch nicht vor ihrem Gegnern die Auffassung mit spürbarer Energie vertreten, daß sie endlich ein unwiderruflich legitimes Regime geschaffen hatten, das zu erschüttern keiner Macht möglich sein würde. Mangel an politischer Erfahrung, Mangel an politischem Behauptungswillen und eine zu starke Isolierung der Sozialdemokratie von den Mittelschichten, die seit Bismarcks verhängnisvollem Wirken den eigenen politischen Willen verloren hatten, haben zu all dem beigetragen.

Diesmal muß der Bau fester verankert, der Wille zu politischer Behauptung stärker, die Handlungs- und Entschlußfähigkeit größer und das Instrument der Bewegung, eben unsere Partei, sich der Aufgabe ganz anders gewachsen zeigen, als es in der Weimarer Zeit der Fall war.

Parteien sind Organisationen. Sie sammeln Mitglieder, messen ihre Stärke in Mitgliederzahlen und Beitragsleistungen, versammeln ihre Mitglieder regelmäßig auf Abteilungszusammenkünften, Bezirksparteitagen, Landesparteitagen. Sie führen Wahlkämpfe, betreiben Propaganda, entsenden Abgeordnete in die Parlamente, beteiligen sich an Regierungen und bedürfen für alle diese selbstverständlich unentbehrlichen und nicht zu unterschätzenden Aufgaben und Arbeiten eines Apparates, der „funktionieren" muß.

Die relativ große Organisationsfähigkeit unseres Volkes und insbesondere auch der von uns in erster Linie vertretenen Volksschichten hat in dem starken Aufbau der Sozialdemokratie sich stets sehr sichtbar manifestiert. Sicher haben sich unsere organisatorischen Leistungen sehen lassen können. Sie haben uns überall Anerkennung gebracht.

Wir wissen aber heute nach den bitteren Lehren, die die Geschichte uns grausam und unerbittlich erteilt hat, daß Organisation und Apparat nicht alles sind, daß sie zusammenbrechen können, wenn nicht gleichzeitig starke, unzerstörbare geistige und moralische Kräfte hinter der Organisation stehen. Es besteht bei jeder Organisation und bei jedem Apparat die Neigung, die Bedeutung der immer wieder von neuem zu leistenden geistigen Erneuerungsarbeit zu unterschätzen und nicht zu verstehen, daß das stets fortschreitende Leben eine immer erneute Überprüfung und Anpassung an neue Probleme, Aufgaben und Schwierigkeiten verlangt. Die Verwurzelung in einer festen Tradition, in einer bestimmten mühsam erarbeiteten geistigen Fundamentierung kann einer Bewegung eine Zeitlang einen großen Schwung verleihen, der für lange Zeit ihre Stärke bilden kann. Es kann daraus aber auch ein Element der Schwäche werden, wenn die geistigen Grundlagen in allzu konservativer Orthodoxie verharren, die mit den Tatsachen des politischen Lebens nicht mehr in Übereinstimmung bleibt.

Die Sozialdemokratie wird niemals aufhören, eine Arbeiterpartei zu sein. Die in ihr zusammengefaßte Arbeiterbewegung war immer die politisch am besten geschulte Schicht des deutschen Volkes, in der mit der größten Hingabe und mit persönlicher Selbstverleugnung von Hunderttausenden Unvergängliches geleistet worden ist.

Aber die Sozialdemokratie ist lange darüber hinausgewachsen, nur eine Arbeiterpartei zu sein. Langsam aber sicher ist sie in die Schichten der Angestellten hineingewachsen und hat die wachsenden Organisationen unter ihren geistigen Einfluß gebracht und sie immer mehr sozialistischen Gedankengängen zugänglich gemacht.

Aber auch dieser wachsende Einfluß hat es der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit nicht ermöglicht, so stark zu werden, daß sie zu einer Mehrheits-

partei des Volkes werden konnte: Darah ist keineswegs etwa nur die Spaltung der Arbeiterbewegung schuld. Mit dem Zauberwort „Einheit" wird das eigentliche Problem nur verdeckt. Die Aufgabe bleibt bestehen, die sozialistische Bewegung muß über die Arbeiterschaft hinaus nicht nur die Angestelltenschaft erfassen, sie muß auch in den Mittelstand und in die geistigen Schichten so weit vordringen, daß alle diejenigen, die wirklich an einer sozialistischen Entwicklung der Wirtschaft interessiert sind, bereit sind, mit und in der Sozialdemokratie zu wirken.

In Deutschland war diese Entwicklung durch die schwere Hypothek der preußischen Tradition und durch die Entpolitisierung eines früher durchaus freiheitlich gesinnten Bürgertums entscheidend gehindert. Bismarcks verhängnisvolles Erbe, die Absonderung der Universitäten, die Institution des Reserveoffiziers, der Kastengeist innerhalb der Beamtenschaft, die Hinwendung des Bürgertums zum reinen Geldverdienen und der Intellektuellen zu unpolitischer Loslösung vom wirklichen Leben: aus tausend Kanälen wurde diese katastrophale Grundhaltung gespeist, die uns Deutschen unpolitischen rein emotionellen Erregungen gegenüber so anfällig machte, und die den Sieg des Faschismus durch die vollständige Aufsaugung so gut wie aller bürgerlichen Wählermassen ermöglichte.

Hinter dieser verhängnisvollen Entwicklung stand der ungebrochene Machtapparat der Junkerkaste sowie die Organisation der Schwerindustrie, die unter geschickter Ausspielung der Sehnsucht nach besseren Zeiten diese Massen nach rechts lenkte. Heute sind die wichtigsten Säulen dieser geistig-politischen Struktur des alten Deutschlands zerbrochen. Es gibt weder eine preußische Junkerkaste, noch gibt es eine preußische Tradition, die aufleben, noch gibt es eine Schwerindustrie alten Stils, die unser öffentliches Leben vergiften könnte.

Wir haben keine Veranlassung, aus irgendeinem Minderwertigkeitsgefühl — einer auch in uns steckenden typisch deutschen Krankheit — heraus die Tore unserer Bewegung nicht weit zu öffnen für alle, die mit uns zusammen endlich neue Wege zu gehen bereit sind.

Diese Verschmelzung unserer alten Stammbewegung, auf der natürlicherweise unsere Partei zunächst sich wieder neu aufbaut, mit den neu zu gewinnenden Schichten: das ist die eigentliche große Aufgabe, die in Deutschland in den nächsten entscheidenden Jahren geleistet werden muß.

An ihre Lösung muß in klarer Erkenntnis ihrer geschichtlichen Bedeutung mit vollkommener Aufgeschlossenheit, ohne jede Scheuklappen, ohne Kleinlichkeit und ohne irgendein Kleben an orthodoxen Methoden herangegangen werden. Diese Aufgabe muß gelöst werden, oder wir fallen in den Zustand zurück, der uns in der Weimarer Zeit hinderte, das Eis definitiv zu durchbrechen.

Dann bleiben wir eine Minderheitspartei, die vielleicht Bedeutendes als soziales Gewissen, als soziale Reformpartei zu leisten vermag, die aber nicht imstande ist, den gesellschaftlichen Bau des Landes so entscheidend zu ändern, daß dieser Änderung die unwiderrufliche Durchsetzung sozialistischer und demokratischer Grundhaltung des Volkes in seiner entscheidenden Mehrheit zwangsläufig folgt.

Natürlich ist diese Aufgabe nur mit politischen Mitteln zu inaugurieren. Sowohl unsere Sprache wie unsere politischen Taten und Forderungen müssen sich in klarer Erkenntnis der großen Chance, die uns die Lage Deutschlands heute bietet, wodurch für den gesamten europäischen Sozialismus ein entscheidender Durchbruch erreicht werden kann, nachdem in vielen uns umgebenden Ländern dazu erhebliche Vorarbeit geleistet worden ist, dieser Aufgabe anpassen.

Den politischen Mitteln müssen auch in der Partei neue Methoden der Propaganda, der Organisation und der Beweglichkeit des Denkens und Handelns folgen. Wir müssen verstehen, daß wir nicht nur neue Menschen für uns zu gewinnen, sie zu erfassen, in unsere Reihen einzugliedern haben, sondern auch, daß sie dort selber Gehör finden müssen, und daß sie nicht mehr durch eine von altersher ererbte Neigung zur Ablehnung von Menschen abgestoßen werden dürfen, die manchmal nun einmal noch etwas andere äußere Umgangsformen haben.

Viel wichtiger ist noch die innere Bereitwilligkeit und Fähigkeit unserer Partei, am geistigen Leben des Landes in jeder Form in der aufgeschlossensten Weise teilzunehmen, es zu befruchten, sich aber auch selber von ihm befruchten zu lassen. Um die Partei herum müssen in der Form von Fachausschüssen aller Art, durch Beteiligung und Unterstützung in jeder nur möglichen Form Forschungen und Arbeiten angeregt und direkt und indirekt unterstützt werden, die den Boden für die so notwendige gesellschaftliche Erneuerung weiter vorbereiten können. Jede Neigung zu sektiererischer Abschließung muß in klarer Erkenntnis unserer historischen Situation mit Geduld, aber auch mit Zähigkeit beiseitegeschoben werden. Wirkliche Toleranz als Grundhaltung muß jedem Sozialisten zur Pflicht gemacht werden und muß durch Vorleben im politischen und geistigen Leben zur Verwurzelung gebracht werden. Die Sozialdemokratie darf nicht mehr das unbetretbare Terrain bleiben, das sie bis heute für manche, uns durchaus zugeneigte Kreise nur deshalb gewesen ist, weil wir es nicht verstanden, sachlich ganz belanglose Äußerlichkeiten zu beseitigen.

Bei der Ergreifung des Verwaltungsapparates muß die Partei lernen, über den noch lebendigen Ungeist des reinen Zahlabendbetriebes, der reinen Versorgungstendenzen hinwegzukommen. Persönliche Leistungsfähigkeit und nicht nur jahrelange angebliche oder scheinbare Bewährung im Parteiapparat muß immer mehr für die Auswahl ausschlaggebend werden. Wir haben uns gegen starke und uns feindliche Mächte durchgesetzt. Wir müssen aber auch zeigen können, daß wir uns in unsern eigenen Reihen durchsetzen können. Wirkliche Führung, wirkliche Leistung, das ist es, was das Volk von uns erwartet. Wir haben nicht nur für Funktionäre, sondern für das Volk zu arbeiten und müssen lernen, auch hier auf neuen Wegen den Zugang zur Volksstimmung zu finden. Jede wirkliche geistige Beweglichkeit, die der „Apparat" auch hier erlernen wird, wird uns politisch nützen.

Je mehr unsere Partei rechtzeitig versteht, daß die Größe der vor uns liegenden politischen Aufgabe, die Größe der zur Verwirklichung in den nächsten Jahren reifen Chance auch radikale Entschluß- und Handlungsfähigkeit von ihr verlangt, je mehr sie begreift, daß sie in ständiger Erneuerung doch immer die alte bleiben wird, die Partei des schaffenden Volkes, um so besser für uns.

Gewiß fehlt es uns an Menschen, an allem und jedem, aber wir haben ein großes Gut, das uns von allen anderen politischen Bewegungen Deutschlands zu unserem Vorteil unterscheidet: Wir haben eine über alle Schranken der Völker hinwegreichende gemeinsame Grundlage eines brüderlichen, Berge versetzenden Glaubens.

In der Größe der Aufgabe, die vor uns liegt, dürfen und wollen wir niemals einen Grund sehen, kleinmütig die Hände in den Schoß zu legen. Die Größe dieses Werkes soll uns alle vielmehr mit dem stolzen Bewußtsein erfüllen, daß in unsere Hände eine Aufgabe gegeben ist, die weit über alles hinausgeht, was je bisher von uns verlangt worden ist.

Voll Glauben und voll Stolz wollen wir an dieses Werk gehen.

Es lohnt sich wohl, denn

zu neuen Ufern lockt ein neuer Tag.

[illegible] der SPD-Berlin, Berlin, [illegible]
[illegible] Berlin-Wilmersdorf, [illegible] Straße [illegible]/Mai 47